

*Deyl, Zdeněk: Sociální vývoj Československa 1918–1938 [Die soziale Entwicklung der Tschechoslowakei 1918–1938].*

Academia, Prag 1986, 221 S., 16 Abb.

Das Buch Deyls behandelt die Sozialpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik und ihre konkreten Auswirkungen auf die soziale Lage der Masse der Bevölkerung. Dabei stehen die sozialen Großgruppen der Industriearbeiterschaft, des Kleingewerbes und der landwirtschaftlichen Arbeiter im Vordergrund. Die Darstellung der materiellen Verhältnisse der abhängig Beschäftigten in der Ersten Republik geht über die unmittelbar von sozialpolitischen Entscheidungen bestimmten Strukturen (beispielsweise Alters-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) hinaus und erfaßt auch und teilweise sehr ausführlich Indikatoren der sozialen Lage der Bevölkerung, die nicht qua Sozialpolitik hervorgebracht wurden (beispielsweise die Lohnentwicklung). Gelegentliche Ausblicke auf sozialpolitische Konzeptionen einzelner politischer Parteien der Zwischenkriegsrepublik und auf soziale und gewerkschaftliche Bewegungen in den böhmischen Ländern und in der Slowakei runden die Darstellung ab. Der Anhang zu der Untersuchung enthält eine kommentierende Übersicht über die wichtigsten Maßnahmen der Sozialgesetzgebung zwischen 1918 und 1938 (S. 179–189) und eine kleine Dokumentation mit dem Text des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit vom 19. Dezember 1918 und einer Resolution der tschecho-

slowakischen Gewerkschaften vom November 1918, in der diese – in der Geburtsstunde der neuen Republik – ihre Forderungen zur Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage der Arbeiterschaft anmeldeten.

Als zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Gestaltungsfaktoren der sozialen Entwicklung der Ersten Tschechoslowakischen Republik dürfte Deyls Arbeit für lange Zeit Maßstäbe setzen, auch deshalb, weil die zentralen Entwicklungstrends umfassend statistisch, teilweise mit neuem Zahlenmaterial untermauert und eine Reihe bisher ungeprüft tradierter Behauptungen und Annahmen revidiert werden. Dies betrifft u. a. die für das Ausmaß der innenpolitischen Belastung der Republik wichtige Frage nach der Höhe der Arbeitslosigkeit bei den Nationalitäten und nationalen Minderheiten der Tschechoslowakei im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit bei den Tschechen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, wobei Deyl u. a. die These von der relativ höheren Arbeitslosigkeit des deutschen Bevölkerungsteils (die stets als eine der Ursachen für den Erfolg der Henlein-Bewegung ins Feld geführt wird) deshalb in Zweifel zieht, weil die von den Arbeitsvermittlungsstellen gemeldeten Zahlen, auf die sich die bisherige Literatur zu stützen pflegt, einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Deyl zeigt ferner überzeugend, daß – im Gegensatz zu einer verbreiteten Annahme – zwischen Exportabhängigkeit eines Industriezweiges und der Höhe der Arbeitslosigkeit kein ursächlicher Zusammenhang bestand. Der Wert des Buches liegt nicht zuletzt in seinen methodenkritischen Ansätzen vor allem im Hinblick auf den Umgang mit statistischem Material und die Frage nach den Erhebungsmodalitäten und der Aussagekraft statistischer Daten.

Deyl betont in der Einleitung zu Recht, daß eine Analyse der sozialen Entwicklung einer Gesellschaft nur dann gehaltvoll sein kann, wenn sie die grundlegenden strukturellen Dominanten dieser Entwicklung erfaßt. Für den Autor sind alle von ihm thematisierten Elemente der sozialen Entwicklung der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik Ausdruck des in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft strukturell angelegten zentralen Konflikts zwischen Kapital und Arbeit. Hier ist nicht der Ort, um methodologische Debatten zu führen. Aber es wäre zu fragen, ob einer Kategorie A bei der (wissenschaftlichen) Untersuchung eines Phänomens dann noch ein Sinn und eine analytisch erschließende Funktion zukommen können, wenn praktisch kein Teilphänomen des untersuchten Gegenstandes Nicht-A ist. Ein Begriff, der nichts ausschließt, hat nach den herrschenden Sprachregeln keinen Informationswert.

Daß Deyl oft gar nicht erst versucht, einzelne Fragenkomplexe mit dem Zentralkonflikt der kapitalistischen Gesellschaft in einen präzisen Zusammenhang zu bringen, sondern sich damit begnügt, dem Leser ein unbestimmtes Bild dieses Konflikts als eines allgegenwärtigen Äthers zu suggerieren, ist wohl als Eingeständnis der Schwierigkeiten zu werten, globale Behauptungen auch analytisch überzeugend einlösen zu können. Läßt sich etwa – um ein beliebiges Beispiel herauszugreifen – die vom Autor mehrfach erwähnte, aber nicht interpretierte Tatsache, daß das Netz der Arbeitsvermittlungsstellen in der Ersten Republik von Westen nach Osten immer dünner wurde, als Reflex des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital verstehen? Sinnvollerweise kann dieses Faktum nur aus dem „korporativen Pluralismus“ des gesellschaftlich-politischen Systems der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik und dem damit einhergehenden Versuch speziell der Agrarpartei erklärt

werden, den landwirtschaftlichen Bereich als organisatorisch gesonderte und integrierte Sphäre aus der allgemeinen Staatsverwaltung herauszulösen und ihrer Herrschaft zu unterwerfen, ein Versuch, der sich explizit gegen die weitere Ausbreitung des industriellen Kapitalismus richtete. „Korporativer Pluralismus“ ist im hier benutzten Sinne nur ein anderer Ausdruck für die bekannte Proporzkultur der Ersten Republik und die daraus folgende „Versäulung“ ihres soziokulturellen und politischen Lebens. Daß diese Erscheinung nicht auf den Klassenkonflikt zurückgeführt werden kann, erhellt schon daraus, daß die Trennlinien zwischen den einzelnen parteipolitisch „encadrierten“ Segmenten der Gesellschaft durchaus nicht mit der Frontbildung zwischen bürgerlichen und reformistischen bzw. Arbeiterparteien zusammenfielen.

Deyl kritisiert, daß über den subtilen Differenzierungen der modernen sozialgeschichtlichen Forschung oft die Kernprobleme vergessen werden. Das mag sein, aber Deyls eigener kategorialer Apparat reicht andererseits nicht hin, um ein Gebilde wie die Gesellschaft der Ersten Republik in ihren vielschichtigen Funktionszusammenhängen zu erfassen.

Man kann Deyl nur zustimmen, wenn er auf den Präventivcharakter der Sozialpolitik der Ersten Republik hinweist, obwohl dies eine Feststellung ist, die auch für jeden anderen bürgerlichen Staat der Zwischenkriegsära gilt und daher wenig Spezifisches über die tschechoslowakischen Verhältnisse aussagt. Deyl will jedoch nicht sehen, daß präventive Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik nur einen Teil der sehr viel umfassenderen Strategie bildeten, die Erste Republik politisch-organisatorisch gegen ihre von Anfang an klar gesehenen inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen. Bechyňes bekannte Rede aus dem Jahr 1919 ist nur ein Beleg für diese Strategie, die – soweit sie der Sprengkraft des Nationalitätenkonflikts begegnen wollte – gerade nicht aus dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital abgeleitet werden kann. Formuliert man die Struktur dieser Präventivstrategie so generell wie möglich, so bestand sie darin, den Verallgemeinerungsgrad von Konflikten niedrig zu halten. Auf der Ebene der Regierungspolitik sehen wir dies am Prinzip der Proportionalisierung politischer Macht und an der „bargaining“-Prozedur des „Junktims“, d. h. am Fehlen dynamischer Mehrheitsbildungen. Dieselbe Struktur begegnet uns auf anderen Ebenen wieder, beispielsweise im Bereich des Arbeits- und Tarifrechts. Daß es – wie Deyl ausführlich darstellt – keine Möglichkeit gab, die Einhaltung von Tarifabschlüssen rechtlich durchzusetzen, zwang die Arbeiterschaft zu betrieblich begrenzten Überkommen mit den Unternehmern, die zu partikularistischen Einzelfallregelungen führten und die Generalisierung des industriellen Konflikts entscheidend hemmten.

Mit Argumentationsmustern wie dem hier knapp skizzierten lassen sich in der sozialen Entwicklung der Ersten Republik diverse Elemente kohärent zusammenfügen, die in der vorliegenden Untersuchung oft nur sehr lose verknüpft werden. Es scheint, daß dem marxistischen Interpretationsansatz – so wie ihn Deyl versteht – ein Gliederungsschema und ein begriffliches Instrumentarium fehlen, die in der Lage wären, die allgemeinen Strukturen des Typus „bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“ in ihren besonderen Ausprägungen deutlich zu machen.